Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis Mk. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 134 — Sonntag den 11. Juni 1922. — 81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der amerikanische Finanzier Morgan soll es für nutzlos halten, die Frage einer deutschen Anleihe weiter zu studieren, so lange Frankreich in seinem Widerstand beharrt.

* Reichskanzler Dr. Wirth sagte in Stuttgart bei einer Unterhaltung über die Wahl des Reichspräsidenten, daß diese Frage jetzt nach Erledigung der oberschlesischen Angelegenheit zur Beratung gestellt werde.

* Die Kosten der von Deutschland zu tragenden Rheinlandbesatzung betrugen bis Ende März 1922 fast sechs Milliarden Goldmark.

* Zwischen Deutschland und Rußland soll ein Konsulatsvertrag abgeschlossen worden sein.

* Die Wiedereröffnung des Reichstages soll bis zum 30. Juni hinausgeschoben sein.

* In Moskau hat der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre, die von den Sowjetanhängern des Verrats beschuldigt werden, begonnen.

Amerikanische Schmerzen.

Man hat es sich angewöhnt, heutzutage, im Milliardenzeitalter, immer gleich mit Hunderttausenden nur so um sich zu werfen, und so gilt es schon seit langem in Deutschland als ausgemachte Sache, daß wir in diesem Sommer die beneidenswerten Dollarbesitzer von jenseits des Großen Wassers in einer Anzahl von rund dreimal hunderttausend zum Besuch erhalten würden. Von keiner Seite wurde daran gedacht, diese schönen runden Ziffern einer vorsichtigen Nachprüfung zu unterziehen, und es ging wie ein Rausch durch alle auf den Fremdenverkehr mehr oder weniger angewiesenen Kreise unseres Volkes im Angesicht der unbegrenzten Verdienstmöglichkeiten, die sich ihnen damit zu eröffnen schienen. Man weiß, wie daraufhin die Dinge bei uns bis jetzt gelaufen sind. Überall, wo amerikanischer Zuzug für die Sommersaison zu erwarten war, wurden die Preise, insbesondere in den Hotels und Gasthäusern, so ungefähr auf Dollargrundlage bemessen, und an Auslandszuschlägen, Fremdensteuern, Valutaausgleichen und ähnlichen schönen Erfindungen legte man sich nicht die geringste Zurückhaltung auf. Ruchbar wurde diese Übung sozusagen, als in dem bevorzugten Bayern die Reisezeit ihren Anfang nahm. Mit der Gewerbeschau in München, mit den Passionsspielen in Oberammergau hatte man sich beeilt, noch besondere Anziehungskräfte wirken zu lassen, muß aber jetzt schon zugeben, daß die damit veranstaltete Generalprobe auf die Tragfähigkeit der amerikanischen Gäste so ziemlich mißlungen ist. Sie begannen Lärm zu schlagen über die ganz besondere Art von Aufmerksamkeit, die ihnen auf Schritt und Tritt erwiesen wurde, und es ist seitdem ein merkliches Abflauen des Fremdenzustroms nach Bayern festzustellen. Natürlich setzt diese rückläufige Bewegung sich auch durch das übrige Deutschland hin fort, und die beteiligten Kreise beginnen sich die Frage vorzulegen, ob sie mit der bisher beliebten Art von Fremdenpolitik auf dem richtigen Wege waren. Mehr und mehr bricht sich der Gedanke Bahn, daß es unumgänglich sei, den Empfindlichkeiten der amerikanischen Besucher, seien sie nun begründet oder unbegründet, nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Die Amerikaner ihrerseits sind in der Mehrzahl einsichtig genug, zuzugestehen, daß der Valutaunterschied keinesfalls ganz außer Ansatz bleiben dürfe, zumal die Rückwirkungen eines starken Fremdenbesuches in Deutschland auf die Preise der Lebensmittel, der Hotelwohnungen usw. ja mit Händen zu greifen sind. Sie selber erklären sich deshalb dazu bereit, eine Art Einreisesteuer an das Reich zu zahlen, die vielleicht nach gewissen Gesichtspunkten gestaffelt und auch von Zeit zu Zeit immer wieder erneuert werden könnte. Nur sträuben sie sich dagegen, daß sie jedem Privatunternehmer, jedem Einzelkaufmann oder Händler als Sonderspekulationsobjekt dienen und für die gleichen Leistungen ungleich höhere Preise bezahlen sollen als deren deutsche Nutznießer. Auch in amtlichen Kreisen ist man diesem Gedanken, wie darüber verlautet, in neuerer Zeit nähergetreten, und es steht zu erwarten, daß über kurz oder lang die bekannten „schwebenden Erwägungen" zu irgendeinem Abschluß kommen werden. Tatsache ist jedenfalls, daß die Fremdenkonjunktur bis jetzt in Deutschland das nicht gehalten hat, was man sich von ihr versprach, und daß man auf dem besten Wege war, sie vollends zu verderben.

Im übrigen soll man nun nicht glauben, daß Deutschland der Welt in dieser Beziehung wieder einmal mit schlechtem Beispiel vorangegangen sei. Die Amerikaner hatten zuvor schon in Frankreich, namentlich aber in England, recht trübe Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht, und es darf in aller Offenheit darauf hingewiesen werden, daß bei den jetzt im Gang befindlichen Treibereien gegen die deutschen Dollarjäger auch geschäftliche Konkurrenzmotive stark mitsprechen. Begreiflicherweise würden es die amerikanischen Gastwirte ungleich lieber sehen, wenn alle reiselustigen Amerikaner im Lande blieben und nicht für Wochen und Monate nach der Alten Welt übersiedelten. Sie sind auch naiv genug, sich der bis jetzt errungenen Erfolge in diesem unedlen Wettstreit der Nationen laut zu rühmen. Die Deutschen haben demgegenüber selbstverständlich alles Interesse daran, daß möglichst viel Amerikaner zu uns kommen und sich über die Lage unseres Landes aus eigener Anschauung unterrichten. Wenn es gelingt, die Hindernisse, die verfehlte Spekulationen hier aufgetürmt haben, zum Besten des Ganzen so bald wie möglich wieder aus dem Wege zu räumen, so würde den notwendigen guten Beziehungen zwischen den beiden Völkern damit ein wichtiger Dienst geleistet.

Dr. Sy.

Noch keine Lösung der Anleihefrage.

Frankreichs Widerstand.

Das Ringen der sich widerstrebenden Kräfte um die Frage, ob Deutschland eine ausreichende Anleihe ermöglicht werden soll oder nicht, hat vorläufig nichts weiter gezeitigt als ein tolles Hin- und Herschwanken der Börsenkurse an den verschiedensten Plätzen. Hauptsächlich in Berlin und Newyork ist die fragwürdige Welt der Spekulanten in Erregung geraten und die Gier nach unverdientem Gewinn läßt den Dollar im Vergleich mit der deutschen Mark bald begeisterungsfroh hochschnellen, bald trübselig in die Tiefe sinken. Das unsaubere Spiel geht natürlich allemal und stets auf Kosten der deutschen Steuerzahler und der Masse der deutschen Bevölkerung, die ihre schwachen Hoffnungen auf Besserung der Lage immer weiter hinausschieben muß.

Morgan will nicht nach Deutschland.

Nach amerikanischen Zeitungen soll der führende Mann der über die Anleihe beratenden Finanzgruppe, Morgan, sich jetzt dem widersetzen, daß das Anleihekomitee sein Studium über die internationale Anleihe in Deutschland fortsetze. Wenn Frankreich, das ein Anrecht auf 52 Prozent der deutschen Wiedergutmachungen habe, auf der Unverletzbarkeit des Londoner Abkommens besteht, so ist Morgan der Ansicht, daß es nutzlos wäre, das Anleiheproblem lediglich zum Nutzen Englands, Belgiens und Italiens zu studieren, die zusammen ein Anrecht auf nur 40 Prozent haben.

Und Frankreich widersetzt sich. Seine leitenden Männer halten den Gedanken hoch, daß sie die unbeschränkte Macht über Deutschland behalten wollen. Das ist ihnen mehr wert als die Wiederherstellung Europas. Treffend schildert das linksstehende Pariser Blatt „Oeuvre" den Geisteszustand dieser Art französischer Politiker unter dem Titel: „Diejenigen, die nicht bezahlt werden wollen!" Das Blatt betont, daß sich zwei Arten von Politik in Frankreich gegenüberstünden. Die eine verlange, daß Deutschland die Reparationen so bald wie möglich bezahle; die andere bestehe darin, aus den Schulden Deutschlands eine Summe von 132 Milliarden zu errechnen, ohne zu wissen, ob sie je bezahlt werden, und mit dem stillen Wunsche vielleicht, daß sie nicht bezahlt würden, aber mit der Überzeugung, daß man damit ewig die Möglichkeit habe, in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und in seine Territorien einzugreifen, um damit den Weltfrieden zu stören oder mindestens in der Schwebe zu halten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Milderung der spanischen Valutazuschläge.

Halbamtlich erfährt man aus durchaus zuverlässiger Quelle, daß die spanische Regierung beabsichtigt, die wieder eingeführten Valutazuschläge auf diejenigen deutschen Waren noch nicht anzuwenden, die nachweislich vor dem 29. Mai verkauft oder fest in Auftrag gegeben worden sind. Darauf bezügliche Gesuche deutscher Firmen müssen mit entsprechenden Beweisangaben an die in Deutschland bestehenden Berufskonsulate des betreffenden Bezirks, in dem die deutsche Firma ihren Wohnsitz hat, eingereicht werden.

Wiederzusammentritt des Reichstags verschoben?

Da die Anleiheverhandlungen in Paris aller Voraussicht nach nicht vor Mitte Juni zum Abschluß kommen, wird die Reichsregierung, wie die „DA." mitteilt, kaum in der Lage sein, vor dem 30. Juni die von den Parteien der Opposition über das Reparationsproblem verlangten Auskünfte zu geben. Der Wiederzusammentritt des Reichstags, der eigentlich früher hätte erfolgen sollen, ist daher kaum vor dem 30. Juni zu erwarten. Die wichtigsten Verhandlungsgegenstände der nächsten Sitzung werden die Vorlagen über die Zwangsanleihe und über die Getreideumlage sein.

Nachwehen des Eisenbahnerstreiks.

Die großen gewerkschaftlichen Organisationen wollen nach Rückkehr des Reichskanzlers aus dem Urlaub den Versuch machen, Dr. Wirth in der Frage der Disziplinierungen von Eisenbahnbeamten während des Beamtenstreiks zu einer Änderung seiner bisherigen Haltung zu veranlassen. In den nächsten Tagen soll eine Besprechung von Vertretern des Deutschen Beamtenbundes, des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der Afa, des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten in dieser Frage stattfinden. Neuerdings wurden in Magdeburg der Eisenbahnoberingenieur, der Assistent Heibrock und Lokomotivführer Stapel zur Dienstentlassung ohne Pension wegen Beteiligung an dem Streik verurteilt.

Einspruch gegen die Bahnzerstörungspläne.

Der Verein für die Interessen der Rheinischen Braunkohlen-Industrie und das Rheinische Braunkohlen-Syndikat in Köln nahmen eine Entschließung an, in der sie Einspruch gegen die vom Pariser Botschafterrat verlangte Zerstörung bereits vorhandener und die Einstellung des Baues wichtiger Bahnanlagen im besetzten Gebiet erheben. Die geforderten Maßnahmen bedeuten die Zerstörung produktiver Werte und die Unterbindung der Entwicklung des Wirtschaftslebens am Rhein. Die Verbände erwarten den nachdrücklichsten Widerstand der Reichsregierung.

Französische Handelsspionage.

Nach einer der Handelskammer für den Wuppertaler Industriebezirk vorliegenden Nachricht bereist ein französischer Kaufmann angeblich im Auftrage eines französischen Wirtschaftsverbandes Deutschland mit der Weisung, deutsche Werke hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit für den Wiederaufbau zu besichtigen und über Preise, Lieferungsmöglichkeiten usw. zu berichten. Die Handelskammer bittet die Firmen ihres Bezirkes, sich vor Verhandlungen mit dem französischen Kaufmann mit ihr in Verbindung zu setzen.

Freie Bahnfahrt für oberschlesische Flüchtlinge.

Für reichsangehörige Flüchtlinge, die freiwillig oder gezwungen aus dem polnisch werdenden Teile Oberschlesiens nach Deutschland zurückwandern, hat die Reichsbahnverwaltung die freie Beförderung zugelassen, und zwar allgemein in der 3. Wagenklasse. Die Bescheinigungen über die Mittellosigkeit werden nicht mehr von einer Behörde, sondern von den Verbänden heimattreuer Oberschlesier ausgestellt. Die freie Fahrt in Schnell- und Eilzügen wird in Zukunft ohne Zwang zur Lösung des Schnellzugszuschlages gewährt, wenn die Reise innerhalb Deutschlands mehr als 300 Kilometer beträgt. Gepäck und Habe wird frachtfrei nach Deutschland befördert.

Das Gesetz zur Hilfe für die Presse.

Der Reichskanzler betonte bei seiner Anwesenheit in Stuttgart in einer Besprechung mit den württembergischen Pressevertretern, die Notlage der Presse sei in den letzten Wochen im Schoße der Reichsregierung ernstlich erwogen worden, mit dem Ergebnis, daß bereits ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden sei, der dem Reichskabinett vorgelegt wurde. Er hoffe, daß der Entwurf, wenn er im Reichstag zur Sprache komme, gerade von seiten der Presse große Unterstützung finde.

Deutsch-Österreich.

× **Nur Anschluß an das Deutsche Reich kann helfen.** Aus Anlaß der Valutenkatastrophe schreibt die Wiener „Volkszeitung": Die Unmöglichkeit einer eigenen staatlichen Existenz Deutschösterreichs ist heute genau so zur allgemeinen Überzeugung Europas geworden wie die Erkenntnis von der Unmöglichkeit einer deutschen Schuldenzahlung von 132 Milliarden Goldmark. Österreich muß endlich geholfen oder es muß ihm der Anschluß an das Deutsche Reich freigegeben werden. Unsere Not und unser Elend, gleichbedeutend mit Not und Elend des übrigen Europa, sind bis zu einer Höchstgrenze gestiegen, daß eine Verschlimmerung kaum mehr denkbar ist und daß es endlich einmal besser werden muß.

Rußland.

× **Lenin arbeitsunfähig.** Eine jetzt aus Moskau in Berlin eingetroffene Persönlichkeit, die Zutritt zum Kreml hat, berichtet in dem Blatt „Golos Rossii, daß Lenin tatsächlich infolge eines Schlaganfalls arbeitsunfähig geworden ist. Sein „Nachfolger" sei nicht Trotzki, da er nicht die Sympathien der führenden Kommunisten besitzt. Man nenne bereits drei Nachfolger Lenins: Ossinsky, Preobrashensky und Semaschko. Die Stimmung unter den Bolschewisten sei wegen Lenins Krankheit sehr gedrückt und zerfahren.

Kosten der fremden Besatzung.

Was die Rheinlandokkupation verschlingt.

Das Reichsschatzministerium hat dem Reichstag eine neue Denkschrift über die Kosten der Rheinlandbesetzung zugehen lassen. Aus einer früheren Denkschrift ist bekannt, daß sich die Kosten der Rheinlandbesetzung bereits bis Ende März 1921 auf etwa 3 936 954 542 Goldmark Ausgaben der Besatzungsmächte für ihre Besatzungsarmeen beliefen und auf etwa 7 313 911 829 Papiermark Ausgaben, die dem Deutschen Reich durch Leistungen für die Interalliierte Rheinlandkommission und die Besatzungsarmeen im Rheinland erwachsen waren. Bis Ende April 1921 bezifferten selbst die Amerikaner die Kosten für die Besatzung auf eine Milliarde Dollar. Für die acht Monate vom 1. Mai 1921 bis 31. Dezember 1921 entstand eine Ausgabe von etwa 1 085 655 360 Goldmark, die zu den oben genannten 3 936 954 542 Goldmark hinzuzu-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF